

Dringliches Postulat Fraktion GFL/EVP (Francesca Chukwunyere, GFL/Marcel Wüthrich, GFL/Therese Streit, EVP): Soziale Abfederung der hohen Gaspreise für besonders betroffene Haushalte

Rund ein Drittel der Stadtberner Haushalte wird noch mit Erdgas beheizt¹. Im Oktober wurde das Gas für Kundinnen und Kunden von Energie Wasser Bern (EWB) massiv teurer. Konkret steigen die Tarife für Erd- und Biogas um 19 Prozent. Für einen Beispielhaushalt mit einem jährlichen Verbrauch von 10'000 Kilowattstunden für das Heizen einer 4½-Zimmer-Wohnung bedeutet das monatlich neu 162 Franken statt wie bisher 136 Franken. Will heissen: Das Gas wird dort pro Monat um 26 Franken teurer².

Steigende Energiepreise bieten zwar willkommene erhöhte Anreize, um Energie zu sparen. Jedoch können die steigenden Energiepreise und die allgemeine Inflation überhaupt für einkommensschwache Haushalte starke finanzielle Einschränkungen bedeuten, welche sowohl für Einzelpersonen wie auch für Familien negative Folgen, beispielsweise auf ihre Ernährung und Erholung, haben können: es droht ihnen der Gang zur Sozialhilfe. Es ist nämlich nicht zu erwarten, dass die Teuerung in genügendem Masse bei den Löhnen und den Renten ausgeglichen wird. Ebenso ist nicht zu erwarten, dass die Prämienverbilligungen für die gleichzeitig steigenden Krankenkassenprämien genügend erhöht werden.

Der Gemeinderat wird gebeten, zu prüfen, wie Haushalte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen bei steigenden Heizkosten (mit Gas) für eine befristete Periode entlastet werden können. Um den Vollzugsaufwand gering zu halten, sollen Haushalte und Personen, welche bereits das Anrecht auf Prämienverbilligung haben und in einer Mietwohnung wohnen, die mit Gas beheizt wird, auf unbürokratische Weise entlastet werden, beispielsweise im Rahmen von 50 Franken pro Monat, je nach Höhe des Anstiegs des Gaspreises. Dabei zu berücksichtigen ist, dass die Nebenkosten bei Mietwohnungen in der Regel als Akontopauschale bezahlt werden und sich somit die hohen Energiekosten erst verzögert auf die Mietkosten auswirken.

Begründung der Dringlichkeit:

Es ist zu erwarten, dass der Gaspreis diesen Winter noch weiter steigt und auch die Inflation noch zunimmt; eine unbürokratische Abhilfe ist angezeigt. Es ist vor allem die städtische Bevölkerung betroffen, da ländliche Gemeinden weniger ans Erdgasnetz angeschlossen sind.

Bern, 27. Oktober 2022

Erstunterzeichnende: Francesca Chukwunyere, Marcel Wüthrich, Therese Streit-Ramseier

Mitunterzeichnende: Bettina Jans-Troxler, Lukas Gutzwiller, Mirjam Roder, Tanja Miljanovic, Michael Burkard, Manuel C. Widmer

¹ Geld für Putin – Rund 30'000 Haushalte im Kanton Bern heizen mit russischem Gas / Der Bund

² Gaspreisschock in Bern: Grüne wollen Energiekosten mit EWB-Gewinn bremsen / Der Bund